

18.10.2013 - Hamburger Abendblatt

Kirche prüft Vorwürfe gegen Bischof

Die Kommission entscheidet mit ihrem Ergebnis über Tebartz-van Elst und seine Zukunft

Limburg/Rom. Im Skandal um Limburgs Bischof Franz-Peter Tebartz-van Elst haben Kassenprüfer der Kirche am Freitag begonnen, die Kostenexplosion beim Bau des Bischofssitzes aufzuklären. Die von der Deutschen Bischofskonferenz berufene Kommission soll untersuchen, warum der Neubau statt der geplanten 2,5 Millionen Euro mit mehr als 30 Millionen Euro zu Buche schlägt und wer wann was gewusst hat. Das Gremium setzt sich aus Finanz- und Baufachleuten sowie Kirchenrechtler zusammen. Über alles Weitere sei Vertraulichkeit vereinbart worden, hatte der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Robert Zollitsch, erklärt.

Unklar ist daher, wo die Kommission tagt, wer ihr angehört und wann sie erste Ergebnisse liefern wird. Zollitsch hatte im Vorfeld betont, zügig handeln zu wollen. Schnellschüsse sollten aber vermieden werden. Vom Ergebnis der Prüfung könnte abhängen, ob der umstrittene Limburger Bischof im Amt bleiben darf oder nicht. Tebartz-van Elst soll über die wahren Kosten informiert gewesen sein, zudem gehen nach Angaben des Vermögensverwaltungsrats des Bistums viele Kosten auf Sonderwünsche des Bischofs zurück. Die Hamburger Staatsanwaltschaft hat zudem einen Strafbefehl gegen ihn wegen falscher Erklärungen an Eides statt beantragt. Dabei geht es um Aussagen des Geistlichen wegen eines Erste-Klasse-Flugs nach Indien.

Durch die Affäre hat das Ansehen der katholischen Kirche nach Ansicht von 85 Prozent der Deutschen gelitten, ergab eine für das ZDF-"Politbarometer" veröffentlichte Umfrage. Nur elf Prozent waren der Meinung, dass die Vorgänge den Ruf weniger stark oder gar nicht beeinträchtigen. Zugleich waren 29 Prozent der Meinung, dass die katholische Kirche allgemein mit den Geldern aus der Kirchensteuer verantwortungsvoll umgehe. 42 Prozent der Befragten fehlte dieses Vertrauen.

Inzwischen sind neue Vorwürfe gegen Tebartz-van Elst bekannt geworden. Wie mehrere Zeitungen berichteten, soll der Limburger Bischof indirekt doch mehr Kirchensteuern für den Bau seines Bischofszentrums verbraucht haben als die bisher angegebenen 2,5 Millionen Euro. Das Geld soll über ein Immobiliengeschäft an den Bischöflichen Stuhl geflossen sein. Danach hat Tebartz-van Elst Anteile am Gemeinnützigen Siedlungswerk, die dem Bischöflichen Stuhl gehörten, an sein eigenes Bistum verkauft. Dabei sollen 6,7 Millionen Euro geflossen sein. Das Bistum habe diesen Kauf auch aus Kirchensteuern bezahlt. In das Vermögen des Bischöflichen Stuhls hat die Öffentlichkeit keinen Einblick. Der Münsteraner Kirchenrechtler Thomas Schüller bezweifelt, dass dieses Immobiliengeschäft rechtens war. Denn die vatikanische Kleruskongregation und das Staatssekretariat hätten es genehmigen müssen, sagte der Experte. Dieser Nachweis fehle bislang.

Unterdessen verlangt die Katholische Deutsche Jugend den Rücktritt des Limburger Bischofs. **Nach Einschätzung der Reformbewegung "Wir sind Kirche" stellt die Affäre eine Zäsur in der Geschichte der katholischen Kirche dar. "Viele Bistümer beginnen damit, ihre Geldquellen und ihre Vermögenswerte offenzulegen", sagte "Wir sind Kirche"-Sprecher Christian Weisner der "Passauer Neuen Presse": "Dieser Weg hin zu mehr Transparenz muss weitergegangen werden." Weisner sagte, Papst Franziskus wolle bescheidene Hirten als Bischof haben, die den Geruch der Schafe annehmen: "Tebartz-van Elst hat wohl eher den Geruch der High Society und der reichen Banker in seinem Bistum angenommen."**

<http://www.abendblatt.de/politik/deutschland/article121036729/Kirche-prueft-Vorwuerfe-gegen-Bischof.html>
Zuletzt geändert am 21.10.2013